

vierteljährlich im Stadt-, Orts- und Nachbarortvertrieb M. 2.10, außerhalb M. 2.30 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des "Blattes" 10 Pf. Bezugsbedingungen täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Geegründet 1877.



Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfennig. Die 8spaltige Zeile oder deren Raum 10 Pfennig. Bei Wiederholungen ununterbrochener Anzeigen entsprechende Rabatte. Bei gerichtlichem Einverständnis und Konfession ist der Rabatt bindend. Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 53

Druck und Verlag in Altensteig.

Mittwoch, den 5. März.

Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.

1919.

Generalfreitag in Berlin.

Berlin, 4. März. Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte hat mit etwa Zweidrittelmehrheit gestern nachmittag den Generalfreitag beschlossen. Der Ausschuss hat abends 8 Uhr begonnen.

Die Versammlung setzte zunächst fest, daß das Lebensmittelgewerbe, die Feuerwehre, das gesamte Sanitätswesen, das Gaswerk, Verteidigungsanstalten, sowie Krankenkassen und Gewerkschaftsorganisationen am Streik nicht teilnehmen sollen. Dagegen haben sich vollständig zu beteiligen Elektrizitätswesen, Post und Telegraph, Gastwirtschaften und Hotels, Dienstboten und die Zeitungen. Den Verkehrsanstalten werden gewisse Einschränkungen zugestanden. Sodann wurde über die Streikforderungen beraten. In politischer Beziehung wurde grundsätzlich die Anerkennung der A- und S-Räte gefordert. Ferner wird verlangt die Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere von Ledebour und Madel, sofortige Auflösung der Freiwilligenkorps, Umwandlung der Amtsgerichte in Volksgerichte und Auflösung der Standgerichte, Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Ausland. Sodann wurden die Einzelforderungen, die die „Rote Fahne“ erhoben hat, „eine Anzahl politischer Männer des alten und jetzigen Systems vor einem Revolutionsgericht abzurteilen“, nach längerer Debatte in mehrere Teile gegliedert und über diese abgestimmt. Der erste Teil, wonach die beiden Hohenzollern, Hindenburg und Ludendorff abzurteilen sind, wurde angenommen. Der zweite Teil, nach welchem Ebert, Scheidemann und Noske abzurteilen sind, wurde abgelehnt. Die Kommunisten erhoben Einspruch hiergegen. In nochmaliger Abstimmung wurde das erste Ergebnis bestätigt. Drittens wurde beschlossen, die Mörder von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und anderer nicht radikaler Revolutionen in der gleichen Weise vor ein Revolutionsgericht zu stellen.

Als Streikleitung wurde der Volkzugsrat bestätigt. Die Kommunisten scheiden aus der Streikleitung aus und erklären eine eigene Streikleitung. Da hierdurch das Gleichgewicht innerhalb des Volkzugsrats gestört war, erhoben die Unabhängigen gegen die im Streikauschuss vertretenen Demokraten Einspruch und verlangten deren Austritt. Schließlich traten die Demokraten freiwillig zurück. Am Schlusse der Sitzung wurde beschlossen, daß die Streikleitung in Uebereinstimmung mit den Fraktionen den Volkzugsrat zum Zwecke der Streikleitung um je zehn Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und der U.S.P. verstärken soll.

In der neunten Abendstunde beschloß der Spartakusbund, den Generalfreitag für das gesamte Reich zu erklären. Die schweren Ausschreitungen des Pöbels haben auch in der vergangenen Nacht ihren Fortgang genommen. Bis Dienstag früh waren Meldungen von 32 Polizeibureaus eingelaufen, die von der Menge gestürmt worden waren. Auf jedem befanden sich nur 2-4 Beamte. In einem Hause der Münzstraße plünderte man einen Waffenladen. Besonders hatte man es auf Gold- und Schmuckwarengeschäfte abgesehen, wo große Mengen geraubt wurden. Das Polizeipräsidium sollte wiederholt besetzt werden. Eine starke Wachmeisterabteilung sowie eine militärische Verstärkung sicherten das Gebäude. Sehr schwere Ausschreitungen werden aus Lichtenberg gemeldet. Drei Wachmeister wurden getötet. Von den Angreifern sollen 7 bis 8 getötet bzw. verletzt worden sein. Am Abend drangen drei Soldaten in die Räume des Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie, Dessauerstraße 30 Berlin, ein, bedrohten den Kassierer mit einem Revolver, banden ihn zwischen Stuhl und Tisch fest und raubten 39.893 Mark.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 3. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr mit einem von den Mitgliedern des Hauses, ausgenommen die U.S.P., stehend angeordneten Willkommengruß an die Offiziere.

Hierauf Fortsetzung der ersten Beratung des Verfassungsentwurfs.

Minister Preuß: In der Frage der Präsidenten der Gliedstaaten bin auch ich für eine Verstärkung der Reichsgewalt. Nach dem Zusammenbruch war die alte Verfassung unhaltbar geworden. Die einzig mögliche neue Grundlage ist die demokratische Selbstbestimmung des Volkes. Die Bereitwilligkeit der Reichsmitglieder zur Stärkung des Reichs ist uns besonders

wertvoll. Abg. Delbrück möchte eine Erste Kammer mit beratend-ständischer Vertretung haben. Wenn man auch die Arbeiterrechte in die Verfassung aufnehmen würde, würde sich vielleicht auch die Linke damit abfinden. Aber dem Gedanken an sich stehen große Bedenken gegenüber. Was die Gliedstaaten anbetrifft, so ist im wesentlichen nur die Frage der Aufrechterhaltung der Sonderrechte unentschieden geblieben. Da der nahezu geschlossene Wille der Nationalversammlung gegen sie steht, hoffe ich, daß hier eine Vereinbarung zu erzielen ist, die eine Vereinfachung der Reichsgewalt im Militär- und Verchtswesen bedeutet.

Abg. Kiper (Welfe) spricht gegen die Gesetze des preussischen Zentralismus. Im neuen Deutschland müsse es auch ein freies Hannover geben. Wir haben bei der Reichsregierung eine Volksabstimmung für Hannover beantragt.

Preuß. Justizminister Helze: Was der Vortredner fordert, kommt einer Verkürzung Preussens gleich. Es ist unvereinbar mit der Verfassung eines einheitlichen und starken Reichs. Die Vertreter Preussens im Staatenauschuss haben die größten Zugeständnisse gemacht; sie können es aber nicht verantworten, daß Preussen gerächt wird, weil es diesem oder jenem Teil der Bevölkerung bequemer erscheint, seine eigenen Wege zu gehen.

Abg. Kugel (Märker) (Soz.): Es ist unmöglich, mit einem Schläge die bestehende Gesellschaftsordnung umzukrempeln. Es gilt vielmehr, die Schranken zu brechen, die der organischen Entwicklung entgegenstehen. Die Sozialisierung kann nur schrittweise erfolgen. Die gesamten Kohlenvorkommen umgehend Staatsbetrieb werden und zwar kann das ohne jede Entschädigung geschehen.

Wegen 1 Uhr wird die Weiterberatung bis 4 Uhr ausgesetzt. In der Nachmittagsitzung werden um 4 20 Uhr die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Dr. Begerie (S.): Wir wollen in der bayerischen Volkspartei gegenüber den Unitarierbestrebungen die berechtigten gliedstaatlichen Interessen gewahrt wissen. Der Partikularismus wurzelt nicht in Reichsgenossenschaft, sondern im Verhalten an eigener Art und eigenem Land. Der Entwurf enthält zu weitgehende Zugeständnisse an den Unitarismus.

Dr. Düringer (D.M.): Der Entwurf ist zu weitgehend. Gegen eine etwaige Verkürzung Preussens erhoben wir schärfsten Einspruch. Wir treten für Erste Kammer in den Gliedstaaten ein. Unter allen Umständen halten wir fest an einem verfassungsmäßigen Schutz des religiösen Bekenntnisses. Wir verlangen eine Sicherstellung der christlichen Kirche in der Verfassung. Weiter Bestimmungen, die für die Beamten ein Mindestmaß von Garantien geben.

Abg. Dr. Schöning (Dem.): Für das Volk bedeutet das Verfassungswerk eine Wiedergeburt aus wahrhaft deutschem Geist. Der Bismarckianismus der letzten 50 Jahre hat uns die wahren Werte deutscher Kultur verfallt. Wir streben nach Gemeinschaft innerhalb der Völkerverwandtschaft, aber nicht nach Herrschaft über andere. Die dreijährige Legislaturperiode für den Reichstag möchten wir auf fünf Jahre verlängert wissen. Ein verfassungsständiges Wahlrecht für das Staatenhaus lehnen wir ab. Abg. Golschorn (Welfe): Das deutsch-hannoversche Volk verlangt Selbstständigkeit.

Das Sozialisierungsgesetz.

In Uebereinstimmung mit der Kundgebung der Reichsregierung vom 1. März betr. Beschleunigung der Sozialisierung, die der spartakistischen Bewegung den Wind aus den Segeln nehmen soll, hat die Reichsregierung die Gesetzentwürfe über die Sozialisierung und die Bewirtschaftung der Kohlenlager dem Staatenauschuss bzw. der Nationalversammlung bereits zugehen lassen. Der weitere Entwurf über die gemeinwirtschaftliche Ausbeutung der Kalischiepe wird demnächst folgen; die Umarbeitung des bestehenden Kaligesetzes erfordert weitläufige Vorbereitungen, was die Vorlegung des Entwurfs noch einige Zeit verzögern wird.

Das Sozialisierungsgesetz besteht aus vier Paragraphen, die lauten:

1. Jeder Deutsche hat seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit von ihm fordert. Die Arbeitskraft ist das höchste wirtschaftliche Gut der Nation und steht unter dem Schutze des Reiches. Das Reich gewährleistet jedem Deutschen die Möglichkeit, durch eine seiner Fähigkeiten entsprechende Arbeit sein Leben zu unterhalten. Soweit er Arbeitsgelegenheit nicht zu finden vermag, wird ihm nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes der notwendige Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt.

2. Wirtschaftliche Unternehmungen und Werte, besonders Bodenschätze und Naturkräfte in die deutsche Gemeinwirtschaft zu überführen, sowie die Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die deutsche Gemeinwirtschaft zugunsten des Reichs, der Gliedstaaten, der Gemeinden oder Gemeindeverbände zu regeln, ist Sache des Reiches.

3. Die Gemeinwirtschaft wird von wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern geleitet. Die Selbstverwaltungskörper werden vom Reich beauftragt. Das Reich handelt bei der Durchführung der Aufsicht der Behörden der Gliedstaaten mit diesen.

4. In Ausführung der in Paragraph 2 vorgesehenen Befugnisse wird ungesäumt durch besonderes Reichsgesetz die Ausnutzung der Brandstoffe, Wasserkräfte und sonstigen natürlichen Energiequellen und der aus ihnen flammenden Energien (Energiewirtschaft) durch gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte geregelt. Zunächst tritt für das Teilgebiet der Kohlenwirtschaft ein Gesetz zur Regelung der Kohlenwirtschaft gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft. Das der Nationalversammlung zugehende Gesetz wird heute veröffentlicht.

Neues vom Tage.

Weimar, 4. März. Den Mitgliedern der Nationalversammlung dürfte es kaum möglich sein, Weimar zu verlassen. Es wurde dringend abgeraten, nach Berlin zu reisen. Die Bahnlagen sind fast im ganzen Anstaus gestört.

Wie hier verlautet, ist der bairische Landtag unter Ausschluß Münchens in Bamberg zusammengetreten.

Auslieferung der deutschen Handelsflotte.

Weimar, 4. März. Gestern vormittag fand hier eine Beratung der Reichsminister, verschiedener Mitglieder der Waffenstillstandskommission und einiger Sachverständiger der deutschen Seeschifffahrt über die von Marschall Foch erhobene Forderung der sofortigen Auslieferung des Rests der deutschen Handelsflotte statt. Die Antwort mußte mittags fertiggestellt sein.

Die Spartakisten.

Oldenburg, 3. März. Der Obermatrose Kuhnt, der durch die Novemberereignisse in Wilhelmshaven zum „Präsidenten des Reichstags Oldenburg-Ostfriesland“ ausgerufen wurde, ist hier verhaftet worden. Geheimpolizisten brachten ihn nach Berlin.

Halle, 4. März. Am Samstag um 2 Uhr rückten die Regierungstruppen in Stärke von vier Kompanien unter Führung des Generalmajors R e t t e r von Merseburg her in Halle ein. Sie besetzten die Artilleriekaserne, den Bahnhof, bemächtigten sich der Post und drangen bis zum Marktplatz vor. Als hier ein größerer Trupp den Versuch unternahm, die rote Fahne vom Rathaus herunterzuholen, stürzte sich eine erregte Menge auf die Soldaten, entriß ihnen die Gewehre und warf die Maschinengewehrlaren in die Saale. Ein Automobil mit zwei Offizieren wurde umgestürzt und der eine Offizier ebenfalls in die Saale geworfen, wo er ertrank. Heftige Kämpfe wurden am Sonntag und in der Nacht zum Montag geführt, die sich namentlich zwischen der Post und dem Theater, das von Matrosen besetzt war, abspielten. Die Regierungstruppen verstanden bei diesen Kämpfen Minenwerfer. Am 1 Uhr morgens war die militärische Lage in Halle vollkommen verworren. Die Stadt hat furchterlich gelitten. In den großen Geschäftsstraßen sind sämtliche Geschäfte vollkommen ausgeplündert. Zahlreiche Zivilisten haben das Leben verloren.

Leipzig, 4. März. Die Spartakisten haben um den Bahnhof herum Schützengräben ausgehoben. Eine Anzahl Bürger werden als Geiseln festgenommen, sobald die Regierungstruppen einrücken.

Königsberg i. Pr., 4. März. Nach der Vertreibung aus dem Schloß und der Mehrzahl der übrigen Stützpunkte haben sich die Matrosen und Spartakisten in größerer Zahl im Stadtteil Sachheim festgesetzt, wo sie an der Zivilbevölkerung einen Rückhalt haben. Es sind Baracken gebaut und Maschinengewehre aufgeföhrt. Die Regierungstruppen haben den Stadtteil abgeperrt. Die Verluste der Spartakisten sollen erheblich sein.

München, 4. März. Im Kälteongruß wurde mitgeteilt, daß Bayern von jeder Kohlenzufuhr, auch der böhmischen abgeschnitten sei.

Der Krieg im Osten.

Warschau, 4. März. Die Ukrainer haben den Wajenskielstand gekündigt und Lemberg wieder angegriffen. Die Sondergesandtschaft der Alliierten wird wieder abreisen.

Großdeutsche Vereinigung.

Wien, 4. März. Die deutsch-nationalen Abgeordneten beschlossen, eine einheitliche parlamentarische Partei unter dem Namen Großdeutsche Vereinigung zu bilden. Zum Obmann wurde Dinghofer gewählt. — Der

Staatssekretär der Finanzen Steinwender wird demnächst der Nationalversammlung eine Vorlage über eine Vermögensabgabe übergeben. Ausländer und Vermögen von Ausländern werden von der Vermögensabgabe befreit.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 4. März. Die neuen Waffenstillstandsbedingungen dürften von der Pariser Presse nicht gebracht werden. Der „Temps“ schreibt, ein dauerhafter Frieden werde nicht möglich sein, solange Preußen im Besitze des linken Rheinufers und der westfälischen Industriegebiete sei. Frankreich müsse den Rhein zur strategischen Grenze machen und gleichzeitig dem rheinisch-westfälischen Staat zum Leben verhelfen. „Victoire“ verlangt die Schaffung eines neuen Pufferstaates auf dem linken Rheinufer, besonders mit Rücksicht darauf, daß man Deutschland nicht hindern könne, die 8 Millionen Deutsch-Oesterreicher in sich aufzunehmen.

(Neuter.) Wilson wird am 13. oder 14. März in Vrest landen und sofort darauf seine Arbeit im Zusammenhang mit dem Vorfriedens-Vertrag beginnen. Der Besuch Brüssels und der verwüsteten Gebiete wird bis nach dem 22. März verschoben. Man glaubt, daß der Friedenskongress, auf dem die Deutschen vertreten sein werden, zwischen dem 1. und 10. April einberufen wird.

Was spielt da?

Bern, 4. März. Die „Sentinelles“ vom aus- amerikanischen Kreisen erfahren haben, Wilson habe an die Friedenskonferenz in Paris eine Note gerichtet. Es werde ganz von der Antwort auf diese Note abhängen, ob er weiter an der Konferenz teilnehmen werde.

Verteilung der Tauchboote.

London, 4. März. (Neuter.) Eine Anzahl der in britischen Häfen liegenden deutschen Unterseeboote soll den alliierten Regierungen übergeben werden. Einige sind nach Italien, Japan und anderen Ländern unterwegs. 47 Unterseeboote aller Größen bis zu den großen Hochseetypen sind unter der Bedingung verkauft worden, daß sie abgebrochen werden. Die Admiralität löst zum die Maschinen entfernen.

Sozialistische Wirtschaft.

London, 4. März. Die „Times“ melden, nach dem Bericht des Vorsitzenden der Finanzkommission Kresinski wurde die Besteuerung der bestehenden Klassen auf 10 Milliarden Rubel geschätzt. Sie ergebe aber nur 450 Millionen Rubel. Die bestehenden Stände in der Stadt seien erschöpft; die Bauern aber wollten nichts von einer Besteuerung wissen und leisteten bewaffneten Widerstand. Der Gemeinderat von Moskau beschloß, die Löhne der Gemeindearbeiter auf 3000 Rubel monatlich zu erhöhen, so daß kein Geld mehr vorhanden sei. Zum Schluß forderte Kresinski die sachverständigen Mitglieder der Bourgeoisie auf, ihren Haß zu vergessen und sich in den Dienst der Bolschewisten zu stellen.

Die Sowjetregierung wird als Antwort auf den Vorschlag der Berner Konferenz, daß eine sozialistische Abordnung die Zustände in Rußland untersuchen soll, an die Entente das Erindien richten, auch einer bolschewistischen Kommission zu gestatten, in den Ententeländern eine Untersuchung einzuleiten.

Paris, 4. März. (Havas.) Der Urheber des Anschlages auf Clemenceau wird heute vom Kriegsgesicht abgeurteilt werden.

London, 3. März. (Neuter.) Die India Office erfährt, hat sich Dardar Amanullah, der dritte Sohn der ermordeten Emir in Kabul, zum Emir ausgerufen. Nadzullah, der sich zum Emir in Jallalabad ausgerufen hatte, hat sich Amanullah unterworfen.

Leserbrief.

Das schlimmste Verbrechen ist der Ungehorsam. Er führt die Staaten, er verdirbt die Städte, er bricht des Krieges Reihen in der Schlacht. Gehorsam ist des Lebens bester Schutz, ihn muß man hüten wie der Festung Mauern.

Sophokles.

Rote Rosen.

Roman von D. Courths-Mahler.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Gräfin Gerlinde streichelte, wie von Järlschleier übermüht, über Jostas Haar.

„Nun, nun — liebe, kleine Frau — was sehe ich denn da? Tränen — wirkliche Tränen?“ fragte sie sanft und leise, wie von tiefem Mitleid erfüllt. Josta klapperte schnell das Buch vor sich zu, und Gräfin Gerlinde sah nun auf dem Deckel des Buches quer über eine Ecke desselben das Wort „Tagebuch“ gedrückt.

„Ah — die kleine Frau führt ein Tagebuch! — Das ist äußerst interessant, das muß ich doch im Geheimnis behalten,“ dachte sie.

Josta trocknete hastig die Tränen.

„Es ist nichts, Gerlinde, achte nicht auf die dummen Tränen. Ich — ich habe ein wenig Kopfschmerz,“ stammelte sie. Gräfin Gerlinde schüttelte sanft und vorwurfsvoll den Kopf, sagte Josta unters Kinn und hob ihr verweintes Antlitz zu sich empor.

„Und das nennst du Freundschaft und Vertrauen, Josta? Willst du mir nicht lieber ehrlich sagen, was dich drückt? Vielleicht kann ich dir helfen?“

Josta schüttelte energisch den Kopf und sprang, den lähmenden Bann abschüttelnd, der sich mit Gerlinde erschweigen über sie gelegt hatte, empor. Sie ergriff ihr Tagebuch und legte es in ein Schreibtischfach, das sie abschloß, den Schlüssel darauf zu sich nehmend.

„O, du führst ein Tagebuch, kleine Frau!“ sagte Gräfin Gerlinde lächelnd. Und sie schalt sich innerlich

Hindenburg über den Volksgewinn.

Koblenz, 4. März. Generalfeldmarschall v. Hindenburg sagte nach der „D. Allg. Ztg.“ in einem Gespräch, im Osten sei die Gefahr so dringend, daß es nötig ist, alle Kräfte dagegen verfügbar zu machen. Sagen Sie, daß ich die Lage für so ernst halte, daß jeder, ob Arbeiter oder Bürger, gegen die Gefahr vom Osten noch einmal Haus, Herd, Familie verteidigen muß. Ich lehne mich in meinem 72. Jahr auch nach Ruhe. Ich habe mich zur Verfügung gestellt und stehe weiter auf meinem Posten, was mir gewiß nicht leicht fällt, weil ich noch einmal verhindern will, daß Deutschland den russischen Jorden ausgeliefert wird. Im Laufe des Gesprächs bemerkte der Generalfeldmarschall noch, daß der Verband im falschen Glauben wäre, wenn er meinte, durch unsere Wehrlosmachung diese Gebiete den Polen zuwenden zu können: „Ich kenne ja die Polen. Das Land wird uns gehören oder den Bolschewisten, keinem Dritten.“

Berlin, 4. März. Die demokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung aus 12 Wahlbezirken erhebt Widerpruch gegen die Verschiebung des Zusammtritts der Landesversammlung.

Kohlenwirtschaftsgesetz.

Berlin, 4. März. Das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft bestimmt u. a.: Kohlen im Sinne dieses Gesetzes sind: Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle und Koks. Das Reich regelt die gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft. Die Leitung der Kohlenwirtschaft wird einem zu bildenden Reichskohlenrat übertragen. Die Reichsregierung schließt die Kohlenzeuger für bestimmte Bezirke zu Verbänden und diese zu einem Gesamtverband zusammen. Den Verbänden liegt die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Absatz unter Aufsicht der Reichsregierung und des Reichskohlenrats ob. Die Reichsregierung regelt die Feststellung der Preise. Vor der Regelung hat die Reichsregierung einen sachverständigen Rat für die Kohlenwirtschaft zu berufen, der aus 45 Mitgliedern besteht. Je 15 Mitglieder sind nach näherer Bestimmung der Reichsregierung von den Arbeitgebergruppen und den Arbeitnehmergruppen der Arbeitskammern zu wählen. Die Reichsregierung erläßt die näheren Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes und kann bestimmen, daß Zwischendankungen mit Geldstrafe bis zu 100 000 M., im Wiederholungsfall außerdem bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden. Das Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Sozialisierungsgesetz in Kraft.

Ausland.

Koburg, 4. März. Der Streik in West-Thüringen hat bis heute keine Abschwächung erfahren. Die Forderungen Erfurt nicht erreichen, da die Strecke Neu-Diedenhofen verkehrsunfähig gemacht ist. Trotz des in Eisenach bestehenden Streiks können die Züge über Eintracht in Richtung Frankfurt a. Main und Kassel fahren. Der Drahtverkehr mit den mittelhüringischen Städten ist unterbrochen. In Süd-Thüringen sind Streiks größerer Ausdehnung nicht zu befürchten.

Königsberg, 4. März. Der Stadteil Sachheim ist jetzt völlig in der Hand der Regierungstruppen.

Verhärtung der Schweizer Grenzpolizei.

Zürich, 4. März. Schweizer Blättern zufolge sind gestern weitere 100 Schweizer Grenzpolizisten von Bern nach Kreuzlingen abgegangen, um den Grenzschutz an der badijschen Grenze zu verstärken.

Hover Lebensmittelminister.

Washington, 3. März. (Neuter.) Wilson ernannte Hoover zum Generaldirektor des amerikanisch-europäischen Hilfswerks zur Vinderung der Hungersnot. Hoover wird die Vollmachten für die dringende Versorgung mit

eine Stämperin, weil sie sich nicht klugerweise zu diesem Schreibtisch einen Doppelschlüssel hatte arbeiten lassen, ehe sie den Schlüssel und das Möbel an Josta abtrat. Dann hätte sie bequem Jostas Geheimnisse ausforschen können.

Josta war rot geworden. „O — es ist nur eine alte Gewohnheit aus meinen Jugendtagen,“ sagte sie, sich zu einem leichten Ton zwingend.

Die Gräfin nickte lächelnd.

„Ja, ja — das tun wir ja alle, wenn wir jung sind und solange wir etwas erleben möchten. Wenn man dann wirklich etwas erlebt hat, hört man auf, es dem Tagebuche anzuvertrauen.“

Josta nickte lebhaft.

„Natürlich, es ist nur eine Kinderei. Wichtiges schreibt man nicht auf.“

„Nein, nein. Aber trotzdem — vor fremden Augen möchte man auch das um jeden Preis hüten. Und wenn du dein Tagebuch ganz sicher verbergen willst, kann ich dir ein Versteck zeigen. Du weißt wahrscheinlich noch nicht, daß dieser Schreibtisch ein Geheimfach hat, denn nur ich habe das von meinem verstorbenen Gatten erfahren, und ich habe es niemand mitgeteilt. Sieh, wenn du auf den Kasten dieser Musik- ecke drückst und ihn nach rechts schiebst, — so — rich her — dann springt das Fach auf. Darin kannst du dein Tagebuch verwahren, da ist es sicher.“

So sagte Gräfin Gerlinde und zeigte Josta, wie sie das Fach öffnen und schließen konnte.

Diese neigte dankend das Haupt.

„Ich will es mir merken, Gerlinde, und das Fach gelegentlich benutzen,“ antwortete sie. „Aber bitte, rimm doch Platz. Du bist heute schon so früh auf dem Wege.“

„Ja, meine Jose hat sich für heute Urlaub erbeten, um in der Garnison eine Hochzeit mitzumachen. Da habe ich mich zeitiger als sonst ankleiden lassen müssen und wußte nun nichts Besseres zu tun, als dich aufzusuchen. Aber das ist ja so unendlich. Viel wichtiger sind mir dein trauriges Gesicht und deine verweinten Augen. Willst du mir deinen Kummer nicht anvertrauen, liebe Josta?“

Die junge Frau zog die Stirn wie im Schmerz zusammen. Es war ihr über alle Maßen peinlich,

Lebensmitteln besitzen und ihren Transport, ihre Verteilung und Verwaltung regeln.

Lloyd George warnt die kleinen Nationen.

London, 3. März. (Neuter.) Lloyd George hielt bei einem Festessen eine Rede zu Gunsten der Tschechoslowaken. Jetzt, wo die kleinen Nationen einen großen, fast blendenden Erfolg errungen hätten, zeigten sie die Neigung, sich über die Grenzen ihrer Rasse hinaus auszudehnen, Gebiete zu annektieren, die ihnen nicht gehörten. Der Geist der Ausdehnung beginne sie zu beherrschen.

Ämtliches.

Oberamt Nagold.

Versorgung der Landwirtschaft mit Benzol.

Den (Stadt-)Schultheißenämtern sind heute die zur Anmeldung des Benzolbedarfs für landw. Zwecke bestimmten Bordrucke mit der Post zugegangen. Die Bordrucke sind doppelt. Der Durchschrittsvordruck ist für die Gemeinde bestimmt.

Der Bedarf ist nicht für jeden Motorenbesitzer getrennt anzugeben, sondern der gesamte Bedarf der einzelnen Gemeinde soll auf einem Zettel mitgeteilt werden, wobei noch besonders darauf aufmerksam gemacht wird, daß die letzte Spalte der Schiene „Verpackungsart“ unbedingt genau auszufüllen ist.

Die Anmeldungen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum 15. ds. Mts. hierher einzureichen, da nach diesem Zeitpunkt einkommende Meldungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Den 4. März 1919.

M ü n z A. B.

Oberamt Nagold.

Von der landwirtschaftlichen Berufsvereinschaft für den Schwarzwaldkreis in Neulingen sind für die Gemeinde Böfing u

Adam Reuschler, Bauer daselbst als Vertrauensmann dieser Berufsvereinschaft und Johann Georg Raß, Bauer daselbst als dessen Stellvertreter bestellt worden.

Den 4. März 1919.

M ü n z A. B.

Oberamt Nagold.

Die Zahl der ärztlichen Zeugnisse zur Erlangung einer Milchzulage haben sich besonders in letzter Zeit stark gehäuft (sobald bei dem ständig zunehmenden Milchmangel die zureichenden Tagesmengen oft nicht vollständig verabreicht werden konnten).

Demzufolge werden sämtliche ärztliche Zeugnisse zum Beginn von Frischmilch, welche vor dem 1. Januar 1919 ausgestellt wurden, für ungültig erklärt, auch verfallen diese in Zukunft ohne weiteres nach Verlauf von 2 Monaten.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden angewiesen, obige Vorschrift genau einzuhalten, auch steht es denselben frei, die Krankenzulagen auf 1/2 Liter pro Kopf und Tag zu ermäßigen, sofern die verfügbaren Milchmengen nicht ausreichen.

Nagold, den 5. März 1919.

M ü n z A. B.

Landesnachrichten.

Altensteig, 5. März 1919.

* **Obstbaukurs.** Gestern begann hier ein Obstbaukurs, der von Obstbauinspektor Winkelmann aus Ulm abgehalten und bis 7. März dauern wird. Die praktischen Unterweisungen begannen je nachmittags um 2 Uhr, die Vorträge abends pünktlich 7 1/2 Uhr im unteren Schulhaus.

daß Gerlinde ihren Schmerz und ihre Tränen deklariert hatte. Discreter hätte sie es gefunden, wenn diese sich still wieder entfernt hätte, ohne sie zu fragen. Josta hatte wieder einmal ihrem Tagebuch ihre Sehnsucht nach Rainers Liebe anvertraut, nachdem dieser mit Heilmann fortgeritten war, und da hatte sie der Kummer übermüht, der Kummer, daß sie Rainer nichts sein konnte als eine angetraute Frau.

„Ich habe wirklich keinen Kummer, Gerlinde. Man ist nur manchmal ein wenig verstimmt. Vielleicht hatte ich ein wenig Heimweh nach Papa. Ueberhaupt, wenn der Himmel so trübe ist und die Sonne nicht scheint, bin ich immer leicht verstimmt.“

Gräfin Gerlinde schüttelte langsam den Kopf. „Warum bist du nicht offen zu mir, Josta? Du dünkst es ruhig sein — denn ich kenne deinen Kummer!“

Josta erschrad und wurde dunkelrot. Ihre Augen sahen ängstlich und unruhig zur Gräfin hinüber.

„Nein, nein! Wie solltest du — ach — bitte, laß mich!“

„So solltest du nicht sprechen, Josta. Aber ich will dir helfen, dir das Herz zu erleichtern, ich will dir sagen, daß ich weiß, warum du traurig bist!“

„Gerlinde!“ rief Josta, um ihr Geheimnis ätzternd, entsezt aus.

Die Gräfin ließ sich jedoch nicht aufhalten.

„Ja, Josta, ich weiß, daß du so unglücklich bist, weil du Rainer nicht lieben kannst, nicht so, wie eine Frau ihren Mann lieben soll,“ sagte sie weich, wie in Mitleid aufgelöst.

Josta hatte die Hände vor das Gesicht geschlagen, um es in heiserer Scham zu verbergen. Jitternd hatte sie die Enthüllung ihres Geheimnisses erwartet. Aber nun hörte sie, daß Gerlinde auf falscher Fährte war.

„Gottlob! Gottlob! Ich wäre vor Scham gestorben, wenn sie meine Liebe erraten hätte,“ dachte sie, ohne die Hände von ihrem Antlitz zu nehmen. So blieb sie eine Weile reglos mit verhälltem Antlitz sitzen. Besser, viel besser, Gerlinde glaubte das, was sie ausgesprochen hatte, als die Wahrheit. Josta war entschlossen, ihr Geheimnis noch ängstlicher als zuvor zu hüten. Sie mochte sich kein Gewissen daraus, Gerlinde zu täuschen.

Fortsetzung folgt.

Der Arbeitsmarkt im Reich hat infolge der warmen Witterung teilweise eine leichte Besserung erfahren. Das Baugewerbe konnte vereinzelt, soweit es der Mangel an Rohmaterial zuließ, seine Tätigkeit wieder aufnehmen und auch die Notstandsarbeiten sind vielfach wieder in Gang gekommen. Die landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung scheitert in vielen Fällen an den Unter-
kundsverhältnissen auf dem Lande. Im Braunkohlenbergbau ist der Arbeitsbedarf fast ganz gedeckt. In der Industrie vergrößert sich das Heer der Arbeitslosen. Ein vollständiges Ausbleiben der Arbeitsgelegenheit zeigt sich ferner bei den Malern und Gipsern, den Klempnern und Bauhülfern, bei den Metzgern, Bäckern, Mältern, Freiseuren, Glasern und Klavierarbeitern. Der Arbeitsmarkt der technischen und kaufmännischen Angestellten hat sich wenig verändert, die leichte Besserung, die infolge Ab-
lösung weiblichen Personals eingetreten war, wird durch vermehrte Entlassung wieder ausgeglichen. Das Angebot weiblicher Arbeitskräfte in Privathaushaltungen und in der Landwirtschaft hat sich etwas gehoben, ohne jedoch den Bedarf zu befriedigen. Von allen Arbeitsnachweiser wird betont, daß der Unterschied zwischen der Arbeitslosenunterstützung und den Arbeitslöhnen zu gering ist, sodaß ein erheblicher Teil der tätigen Arbeiter weniger verdient, als die Erwerbslosen an Unterstützung erhalten. Dies trifft vor allem bei den Angestellten zu.

Für Kriegsgeschädigte. Ein Direktor Karl Hanung, Berlin, N.O. 43, Prenzlauer Berg 10, versendet Prospekte an Kriegsgeschädigte, durch die er sich für ein Honorar von 150 M. erbietet, Kriegsgeschädigte für die Beamtenlaufbahn vorzubereiten. Hanung ist nach Ansicht des Polizeipräsidenten Berlin mehrfach vorbestraft und als Gefährlich vorübergehend endmündig gewesen. Es wird gewarnt, sich mit diesem Unternehmer in irgend einer Weise einzulassen. — Alle Beschwerdefristen in Militärverorgungsangelegenheiten, Einspruchsfrist bei den Militärbehörden, Fristen zur Einlegung der Berufung an das Militärverwaltungsgericht und des Rekurses an das Reichsmilitärverwaltungsgericht sind gleichmäßig auf einen Monat festgesetzt worden. Alle Kriegsgeschädigte werden auf diese Bestimmung ganz besonders hingewiesen, damit Fristversäumnisse, die unter Umständen die weitere Geltendmachung des Rechtsanspruches ausschließen würden, vermieden werden.

Aufhebung der Jagdwirtschaft. Das Reichswirtschaftsamt hat die allgemeine Beschlagnahme von Fässern, Kässeln, Bottichen und ähnlichen Gebinden aufgehoben.

Aufsichtskarten können nach amtlicher Mitteilung als Warenproben und geschäftliche Drucksachen nach der Rheinlinie verschickt werden.

Die Sendung von Postpaketen an Gefangene in Belgien ist vorläufig nicht mehr zulässig. Verhandlungen wegen Wiederzulassung sind im Gange. Postanweisungen sind zur Umschreibung an das Niederländische Postamt im Haag zu richten.

Eine Demobilisierungszulage für außerordentliche Inanspruchnahme durch die Demobilisierung wird dem beteiligten Eisenbahnbetriebspersonal des äußeren Dienstes gewährt. Die Arbeiter erhalten die Zulage, soweit sie nicht für Überzeitarbeit eine besondere Vergütung erhalten haben. Voraussetzung für die Gewährung der Zulage ist die Dienstleistung in der Zeit vom 12. November bis 31. Dezember 1918.

15. Staatslotterie. Die Ziehung der 3. Klasse, in der 10 000 Gewinne mit 1 953 864 M. ausgepielt werden, findet am 11. und 12. März ds. Js. in Berlin statt.

Pfefferminz. Die Beschlagnahme und Bestandserhebung von Pfefferminzkräutern, Pfefferminztee und Pfefferminzblättern ist aufgehoben.

Sozialisierung der Apotheken. Das wirt. Ministerium des Innern bereitet die Sozialisierung der Apotheken vor. Ein Geleitentwurf dieses Inhalts wird demnächst der Landesversammlung zugehen.

Zum Verkauf von Kriegsanleihe. Häufig besteht die Meinung, Kriegsanleihe sei schwer verkäuflich. Es genügt allerdings nicht, daß der Verkäufer sein Papier einfach der Bank übergibt. Den Banken ist eine verschärfte Prüfungspflicht auferlegt, ob der Verkäufer von Wertpapieren auch wirklich der rechtmäßige Eigentümer ist. Gerade bei Kriegsanleihe ist Vorsicht geboten. Denn die für ein Börsenpapier nie dagewesene weite Verbreitung der Kriegsanleihe, die fehlende Sachkunde vieler ihrer Besitzer und die steigende Verwendung als Barzahlung erhöhen die Gefahr des Abhandlungens. Vermittelt die Bank den Verkauf eines bei irgend einer Polizei oder Gerichtsbehörde als verloren oder gestohlen angemeldeten Stückes, so kann sie von dem rechtmäßigen Eigentümer zum Schadenersatz herangezogen werden. Ein Mißtrauen ist somit nicht darin zu erblicken, wenn die Bank Angaben über die Herkunft des Papiers verlangt. Aber die Nachprüfung kostet auch Zeit. Nicht immer ist jede Klasse einer Bank in der Lage, besonders bei der heutigen Postverbindung, sofort die neueste „Sammelliste für aufgerufene Wertpapiere“ in einer Zeitschrift, die die Nummern der auf das eingereichte Kriegsanleihestück hin durchzuführen. Und selbst wenn sie dazu in der Lage wäre, könnte der Gegenwert nicht gleich ausbezahlt werden, da nur in wenigen Fällen die Bank für sich selbst Wertpapiere ankauft. Banken vermitteln nur den Verkauf an der Börse. Immerhin vergeht mindestens ein Tag, bis die Abrechnung erteilt wird. Der Kurs schwankt zurzeit zwischen 89 und 91 Prozent. Allerdings sind die Banken und Sparkassen ermächtigt, bei ihnen selbst gezeichnete Kriegsanleihen zum Kurs von 92 Prozent zurückzukaufen. Bei dieser sogenannten Stützungsaktion handelt es sich indes nur um geringe Beträge, weshalb man selten auf Veräu-

ßerung rechnen kann. Obendrein wird vom Verkäufer der Nachweis einer besonderen wirtschaftlichen Bedürftigkeit verlangt. Kriegsanleihe ist also ebenso leicht verkäuflich, wie jedes andere derartige Wertpapier. Erhebliche Vereinfachung läßt sich meist erzielen, wenn die Unterlagen für den rechtmäßigen Besitz gebracht werden, in erster Linie die Abrechnung mit der darin angegebenen Nummer des Stückes derjenigen Stelle, von der man die Kriegsanleihe erworben hat. Am zweckmäßigsten ist es, die Papiere bei der Bank zu verkaufen, bei der man sie gezeichnet hat; denn diese kann die Nummern der Stücke aus ihren Büchern sofort feststellen. Schließlich ergeben auch die Ausfährungen, daß es sich empfiehlt, Kriegsanleihe nicht selbst aufzubewahren, sondern sie zu diesem Zwecke einer Bank zu behändigen. Mit wenig geringen Kosten kann man so Schaden vermeiden und sich zugleich die Möglichkeit zu einem glatten Verkauf sichern.

Göhausen. (Vom Krieg.) Ausmorscht sind aus der hiesigen Gemeinde 262 Mann, von welchen 58 die Heimat nicht mehr wiedersehen. Vermißt sind 4, in Gefangenschaft befinden sich noch 5. Weitere 5 sind schwer verwundet.

Walzgrafenweiler, 4. März. (Brandfall.) Heute Vormittag brach in dem Gasthaus z. Hirsch hier ein Brand aus, der schnell um sich griff und das ganze Anwesen, Gasthaus und Scheune, in Asche legte. Die Haushaltungsgegenstände konnten zum großen Teil gerettet werden. Der Schaden ist trotzdem noch sehr groß. Der Brand soll durch Kurzschluß in der Scheune entstanden sein.

Gülfingen, 3. März. (Hausierer's Freuden und Leiden.) Ein Hausierer aus Dillweissenstein, der sich glücklich Salatlol erworben hatte, versuchte auch sein Glück in der Liebe. Er wurde aber von hübschen eifersüchtigen Bur-
schen so übel zugerichtet, daß er einige Wöcker im Kopf und sonstige Verletzungen davontrug. Er selbst zog aber auch den Revolver heraus und jagte seinem Rivalen eine Kugel in den Unterleib, so daß dieser ins Bezirkskrankenhaus nach Ragold geschafft werden mußte.

Sinttgar, 4. März. (Schubpol.) Der bei der Nordtat in Kuchen festgenommene heißt Jakob Glent, der andere, der sich einen tödlichen Schuß beigebracht hatte, Robert Dobernshy. Die Wäsche, die die Diebe bei sich führten, war aus der Heilanstalt Keuneburg bei Ehlingen gestohlen. Bei Aufdeckung einer Pferdeheuburg in Ludwigsburg wurden zwei Heeres-
pferde im Wert von 4000 M. beschlagnahmt.

Bradenheim, 4. März. (Bauernver-
sammlung.) In einer aus dem ganzen Bezirk be-
suchten Bauernversammlung wurde die tiefe Erbitterung besprochen, die sich gegen die Zwangswirtschaft, gegen den Kommunalverband, gegen Vorgänge wie in Löwen-
thal, gegen die drückende Deunot usw. bei den Landwirten angesammelt habe. Es wurde beschlossen, die Orts-
und Bezirksbauernräte neu zu wählen, um solche Persön-
lichkeiten zu nehmen, die sich „vor keinem Teufel fürch-
ten“. Die Landwirte müssen radikal vorgehen. Es
dürfe nicht nur Höchstpreise für die Bayern geben.

Bermischtes

Der Notenumlauf der Reichsbank, der seit dem 23. Feb. in der regelmäßig gestiegenen war, erfuhr in der dritten Februar-
woche zum erstenmal wieder einen Rückgang um 13,6 Mill. M. auf 23 747,1 Mill. M. Die Summe der im Verkehr befindlichen Darlehenskassenscheine erhöhte sich allerdings gleichzeitig um 20,7 Mill. M. auf 10 358,3 Mill. M. Der Goldbestand um 22,7 Mill. M. auf 2 247 372 000 M. Die Bestände an Schatzscheinen und Reichskassenscheinen hatten nur geringfügige Veränderung aufzuweisen. Der Darlehens-
bestand der Reichsbank der Darlehenskassen und Reichskassenscheine während, wie erwähnt, 20,7 Mill. M. an diesen Zahlungsmitteln neu in den Verkehr geleitet wurden. Die eigenen Bestände der Bank an Darlehenskassenscheinen verminderten sich in der Berichtswache auf 5 777,7 Mill. M.

Der erste weibliche Privatdozent. In der medizinischen Fakultät der Universität München wurde Dr. med. Adele Hart-
mann aus Neu-Ulm am histologisch-embryologischen Institut als Privatdozent für Anatomie zugelassen.

Näherbestimmen. Auf dem Eifelrindbacher Hof bei Mandheim drang am Samstagabend eine 15köpfige Bande, darunter auch Frauenzimmer, ein und forderten Lebensmittel. Als der Hofbesitzer, Adam Hefflerich, erklärte, nichts ab-
geben zu können, wurde er erschossen und der Hof geplündert. Mit ansehnlichen Vorräten an Lebensmitteln und anderen Wert-
gegenständen wurde er ermordet. In Weinsheim wurden drei Teilnehmer-
erhaftet. In Weinsheim wurden drei Teilnehmer-
erhaftet. In Weinsheim wurden drei Teilnehmer-
erhaftet.

Erdrutsch. In verschiedenen italienischen Orten sind durch Erdbeben 165 Bauernhäuser zerstört worden. Die Wein-
berge in St. Pauli wurden zerstört. Die Eisenbahnlinie zwischen
Messina und Palermo ist unterbrochen.

Legte Nachrichten.

Berlin.

Berlin, 4. März. Nach Zeitungsmeldung ist die Druckerei der Roten Fahne heute Nacht ohne Kampf von den Regierungstruppen besetzt worden. Heute früh wurde der Redakteur der Roten Fahne Dr. Hans Mayer durch Regierungstruppen in Haft genommen.

Berlin, 4. März. In den Fabriken sind heute früh die Arbeiter fast überall zur Arbeit angetreten und haben erklärt, daß sie sich erst im Laufe des heutigen Vor-
mittags zu einer Antwort entschließen könnten. Inzwischen wird es sich entscheiden haben, ob die Essen wieder rauchen, die Maschinen weiter rasseln werden oder ob in den Be-
triebzentren Großberlins für längere oder längere Zeit
Friedhofruhe herrschen wird.

Berlin, 5. März. Das Berl. Tageblatt, die Post, Fig., der Berl. Post-Anz. und andere große Berliner Zeitungen sind auch heute nicht erschienen. — Nachdem am

Dienstag starke militärische Kräfte in der Reichshaupt-
stadt angekommen waren ist eine Reihe wichtiger, öffent-
licher Gebäude, darunter die Reichsbank, der Reichstag, die
Fernsprechanstalt, das Haupttelegraphenamt, die Lebens-
mitteldepots und der Schlachthof mit Truppen besetzt wor-
den. In der Nacht drückten seit Einbruch der Dunkel-
heit Patrouillen die Stadt um weiteren Veränderungen vor-
zubeugen.

Ueber Ausschreitungen, die sich am Dienstag auf dem Alexanderplatz ereigneten ist den Blättern zu entnehmen: Gegen Mittag hatte sich auf dem genannten Platz eine große Menge, zumeist leichtsinniges Gesindel eingefunden. Zwei Offiziere, die den Platz im Wagen überquerten wur-
den herausgerissen, blutig geschlagen und am Boden liegend mit Fußritten bearbeitet. Eine Abteilung des Gardebrigade geriet in die Gefahr, von der Volksmenge entzweit zu werden. Als Regierungstruppen hinzukamen, fielen mehrere Schüsse woraufhin der Platz geäubert wurde. Vier Män-
ner und zwei Frauen wurden dabei getötet, 1 Leutnant fiel. Auf dem Görlitzer Bahnhof veruchten gestern nachmittag streikende Arbeiter die Geleise aufzubrechen, wurden aber von Bahnbeamten und Soldaten daran gehindert. In der Ka-
saniengasse wühlten sich wie im Stadthorn Truppenteile mit der Schußwaffe gegen den Janhagel zur Wehr setzen. Opfer haben diese Schieberereien nicht gefordert.

London, 5. März. (Neuer.) In der ersten Sitzung des Vereinigten Industriekongresses der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der am vorigen Donnerstag in der Sitzung der industriellen Konferenz gegründet wurde, sagte Lloyd George: Rußland ist in Trümmer gefallen und es liegen leider Anzeichen dafür vor, daß es mit Deutschland ebenso gehen wird. Es sollte mich nicht wundern, wenn England wiederum die Aufgabe zufallen würde, die Zivilisation in mehr als einer Hinsicht zu retten. Die Zivilisation kann nur geschützt werden durch den Sieg der Gerechtigkeit, der allen Massen gleichmäßig zugute kommen muß. Lloyd George fuhr fort: Die Ration erwartet von der Konferenz, daß sie den Staat schütze. Die Arbeitgeber dürften nicht nach vorübergehenden Vorteilen trachten, die ihnen schließlich zum Verderben ausschlagen könnten. Die Arbeiter sollten an das denken was in Rußland geschehen sei und was vielleicht auch in Deutschland geschehen werde. Gerade für die Arbeiter sei Anarchie am aller unvorteilhaftesten. Es sei ein Fehler, die Arbeitskummen über das absolut notwendige Maß auszudehnen; andererseits müßte aber der ausländische Wettbewerb und die Bedürfnisse eines Landes von 45 Mill. Menschen berücksichtigt werden. Der Premierminister sagte zum Schluß, die Wohlfahrt Englands hänge von der Steigerung der Erzeugung ab. Unsere Schulden betragen acht Milliarden Pfund Sterling. Diese müssen wir durch gesteigerte Produktion wieder einbringen.

Wien, 4. März. Die Verfassungsgebende Nationalversammlung hielt heute ihre Eröffnungssitzung ab. Abgeordneter David (Soz.) als Alterspräsident hielt eine Ansprache, wobei er unter lebhaftem allgemeinem Beifall und Handklatschen das einstimmige Verlangen aller Abgeordneten nach Anschluß an Deutschland zum Ausdruck brachte.

Berlin, 4. März. Der amerikanische Vertreter teilte der deutschen Kommission mit, daß die Zahl der Briefe und Karren die die in amerikanischen Händen befindlichen Kriegsgefangenen abends dürfen nicht mehr beschränkt sein; außerdem dürften sie der Heimat ihren Aufenthaltsort und die Art ihrer Beschäftigung mit-
teilen.

Genf, 4. März. Journal-de-Geneve richtet einen leidenschaftlichen Appell an Frankreich, bei der Fest-
legung der neuen französisch-deutschen Grenze alles zu vermeiden, was die Sicherheit Europas gefährden könnte. Die Regierung Clemenceaus habe die Grenzen von 1814 ge-
fordert. Das hieße, den Krieg in Europa in Permanenz erklären. Das Blatt nimmt das Recht in Anspruch, als Blatt eines neutralen Staates den kriegführenden Mächten einen Rat zu erteilen, umso mehr, als die Schweiz in ab-
sehbarer Zeit dem Völkerbunde beitreten würde. Daher müßte die Schweiz, solange es noch Zeit sei, das Recht haben, ihre Ansichten frank und frei auszusprechen zu dürfen.

Newyork, 4. März. Der Streik von 16 000 Hafenarbeitern, der im Januar auf Wilsons telegraphisches Ersuchen hin eingestellt worden war, ist anscheinend wieder ausgebrochen. Die Schifffahrt ruht so gut wie völlig. Die Streikenden verlangen eine Lohnaufbesserung von durch-
schnittlich 30% und den Achtstundentag.

Washington, 4. März. Senator Lodge hat einen Entschlußantrag ausgearbeitet, wonach der Senat erklären soll, daß er den Völkerbundplan nicht billige und daß die amerikanischen Unterhändler beauftragt werden sol-
len, sich sogleich mit dem Abschluß des Friedens mit Deutsch-
land zu beschäftigen. Lodge sagte: Wenn die Abstimmung über diesen Antrag vor der Vertagung des Kongresses nicht mehr vorgenommen werden könne, seien die Parteiführer bereit, eine Erklärung zur Unterstützung des Antrages ein-
zureichen, die die Unterstützung vieler Senatoren trage. Lodge verlangte ferner, daß die Frage des Völkerbundes später eingehend geprüft werden solle. Infolge des erhobenen Widerspruches konnte der Antrag in der gegenwärtigen Session nicht mehr erörtert werden, da sie heute Nacht en-
digt. Lodge verlas daher die Namen von 37 Senatoren des neuen Senates, die die Entschlüsselung unterstützen. Da diese ein Drittel der Mitgliederzahl des Senates über-
schreitet, reicht sie aus, um die Ratifizierung des Friedens-
vertrages zu verhindern, für dessen Annahme eine Zwei-
drittelmehrheit erforderlich ist.

Druck und Verlag der W. Meier'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Deuf.

Landwirtschaftlicher Bezirksverein Nagold.
Am Donnerstag, 6. März 1919, vorm. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
findet in Nagold eine



marktähnliche Veranstaltung

zum Umsatz von Kuh- und Zuchtstiervieh statt.

Es darf nur Kuh- und Zuchtvieh aus dem Kommunalverband Nagold zugetrieben werden und es dürfen nur Viehhalter aus dem Oberamt Nagold Vieh erwerben.

Für jedes Tier ist eine Bescheinigung, daß es nicht in die Vermerkungsliste aufgenommen ist, mitzubringen.

Der Handel darf nur nach lebend Gewicht und unter Einhaltung der Höchstpreise erfolgen. Schlussscheine sind auszustellen.

Der stellv. Vereinsvorstand.

Am Freitag, den 7. März, von vorm. 1 $\frac{1}{2}$ 8 Uhr ab
steht in meiner Stallung in Calw im Gasthaus zum Löwen ein

sehr großer Transport

erfälliges Vieh zum Verkauf, bestehend in großer Auswahl



starker Zugochsen
und Zugtiere

Kälberkühe
trächtige Kühe
und hoch-
trächtige Kalbinnen



wozu Liebhaber freundlichst einladet

Rubin Witt Löwengart
aus Regingen.

Berned.

Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten und Bekannten
machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß
unsere liebe Mutter, Groß- und Schwieger-
mutter, Schwester und Schwägerin

Eva Maria Seeger
geb. Dölker

heute Vormittag 1 $\frac{1}{2}$ 2 Uhr nach längerer Krankheit im Alter
von 70 Jahren sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet
im Namen der trauernden Hinterbliebenen
der Schwiegerohn:

Christian Bauer z. Köhle mit Frau
Katharine geb. Seeger

der Sohn:

Fritz Seeger.

Beerdigung am Donnerstag Mittag 1 $\frac{1}{2}$ 3 Uhr.

Altensteig.

Garantol

bestes Eierkonservierungsmittel

la. Wasserglas

von frisch eingetroffener Sendung empfiehlt

C. W. Luz Nachfolger,
Fritz Bühler jr.

Wer macht ein Los

Stockholz

ober dem Hüfer,

Becker, Altensteig.

Ein jüngeres

Mädchen

wird zur Aushilfe gesucht bei
Obigem.

Lehrlingsgesuch.

Ein ordentlicher, kräftiger Junge
findet bis Mitte April Lehrstelle
(Metallsach). Näheres zu er-
fragen in der Red. ds. Bl.

Altensteig.

Gesangbücher

in großer Auswahl vom einfachsten
bis feinsten Einband empfiehlt

A. Großmann, Buchbinder.

Altensteig.

Batenbriefe

— in schöner Auswahl —
empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhdlg.

Altensteig.

Seilerwaren

im Lohn

Karl Köhler jun.
Seiler, Rosenstr.

Ein möbliertes

Zimmer

sucht für sofort zu mieten.

Wer? — sagt die Expd. ds. Bl.

Altensteig.

Ich sehe meinen 7 Jahre alten,
1,73 Mtr. großen



Blefsuchs-
Wallachen

dem Verkauf aus

Gottf. Burgäzi.

Auf 1. April sucht ein braves

Mädchen

nicht unter 18 Jahren, das wo-
möglich schon gebient hat.

Frau Seminarrektor

Dieterle

Nagold.

Lüchiges, starkes

Mädchen

gesucht

sofort, wegen Erkrankung. Lohn
40 M.

Frau Kurlenbauer
z. Löwen, Nagold.

Harmonium

lieferens preiswert franko; auch
mit Spielapparat, mit dem
jeder sofort ohne Noten 4-
stimmig spielen kann

E. Roggenbauch, Obertürkheim.

Altensteig.

Ich wohne seit 1. März im ehemaligen
Dr. Baader'schen Hause und übe von
Mittwoch, den 5. März ab meine ärztliche
Tätigkeit aus.

Sprechstunden von 1 $\frac{1}{2}$ bis 1 $\frac{3}{4}$ Uhr nachm.

Dr. Richard Vogel
Fernruf Nr. 12.

Frauen und Mädchen

finden dauernde Beschäftigung bei

Otto Kaltenbach.

Altensteig.

= Filzhüte =

in allen Farben

sind eingetroffen bei

Ehr. Schmid
Hut- und Mützengeschäft.

Die Reformation im Bezirk Nagold.

— :: —
Von Pfarrer Reutshler, Rohrdorf.

— :: —
Preis M. 3.50

Zu haben in der W. Rieker'schen
Buchhandlung, L. Lauk, Altensteig.

Wer sich ein gutes Getränk herstellen will,
der verwende den bekannten

Ruf's Kunstmustansatz

mit Heidelbeerzusaß

und mit Säftstoff, die Flasche zu 100 Liter reichend kostet M. 15.—, ferner
Ruf's Heidelbeeren mit Zutat

zu 100 Liter M. 31.—.

Viele Anerkennungen.

Robert Ruf, Heidelbeer-Versandhaus, Ettlingen.

Kaldmangen, 3. 11. 1918.

Senden Sie mir wieder 2 Flaschen Kunstmustansatz mit Heidelbeerzusaß und mit
Säftstoff zu 100 Liter. Mit dem letzten war ich sehr zufrieden zc.
ges. Christian Schneider, Dachmüller.
Bismarckheim (Amt Schd.) 2. Dez. 1918.
So uns das aus Ihrem Kunstmustansatz hergestellte Getränk außerordentlich schmeckt
und schon viele Freunde erworben hat, so erlaube ich mir freundlichst um sofortige
Zulassung einer Flasche Kunstmustansatz mit Heidelbeerzusaß und mit Säftstoff zc.
ges. Karl Fr. Vandenberg.

Nagold.

Hausbacköfen Herdbacköfen Fleischränder Zentrifugen

in verschiedenen Größen, zu mäßigen
Preisen empfiehlt

Joh. Werner.

Edhausen.

Einen bereits neuen

Langholzwagen

ca. 120 Ctr. Tragkraft und
einen

hinteren Wagen

ca. 60 Ctr. Tragkraft steht dem
Verkauf aus; letzterer wird auch
gegen etwas leichteren vertauscht.

Johannes Helber.